

ABGELTUNGSSTEUER NEU

Durch das Jahressteuergesetz 2008 vom 20.12.2007 hat der Gesetzgeber die zuvor durch das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 eingeführte Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge zum 1.1.2009 bereits wieder geändert.

Erforderlich war die Änderung, da der bisherige § 32d Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 (c) EStG bei sogenannten „Back to Back-Finanzierungen“ die Anwendung des Abgeltungssteuersatzes von 26,375% (25% + SolZ 5,5% auf 25%) in vielen Fällen ausschloss und die Anwendung des individuellen Steuersatzes vorschrieb. Die weitreichende Regelung sah vor, dass der Abgeltungssteuersatz nicht anzuwenden war, wenn ein Dritter (etwa ein Kreditinstitut) die Kapitalerträge schuldet, der seinerseits Kapital an einen Betrieb des Steuerpflichtigen überlassen hat. Damit war es für Unternehmer ausgeschlossen, auf ihre Kapitalerträge den in der Regel günstigen Abgeltungssteuersatz zu erhalten, wenn sie bei derselben Bank ein Darlehen für ihr Unternehmen aufgenommen hatten. Durch die Neuregelung erfolgte eine Einschränkung auf Missbrauchs-

tatbestände. Nur wenn Kapitalanlage und Kapitalüberlassung auf einem einheitlichen Plan beruhen, um einen Vorteil aus der Steuersatzspreizung zu erzielen, werden die Kapitalerträge nicht mit dem Abgeltungssteuersatz besteuert.

Zeitgleich hat der Gesetzgeber für sogenannte „unternehmerische Beteiligungen“ im Privatvermögen die Besteuerung auf Antrag mit dem individuellen Steuersatz ermöglicht. Hat ein GmbH-Gesellschafter seine Beteiligung fremdfinanziert, kann er auf Antrag seine Kreditzinsen als Werbungskosten absetzen, wenn er zu mindestens 25% beteiligt ist oder zu mindestens 1% beteiligt und gleichzeitig für die GmbH beruflich tätig ist. Der Antrag dürfte oft sinnvoll sein, weil bei Anwendung des Abgeltungssteuersatzes ein Abzug der Werbungskosten ausgeschlossen ist.



CORD DÜBEN

Steuerberater
Heumann + Partner
Steuerberatungsgesellschaft, Lage